

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefehlgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 10. Oktober 1918

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzellen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 118

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Zum Frieden und zur Demokratie, I—IV. — Warum?? Korrespondenzen: Berlin (Schr.). — Elberfeld. — Greifswald. — Ludwigshafen a. Rh.

Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Nachahmungswerte Beispiele. — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerstarbeiter. — Gehilfenprüfungen. — Zum fünfzigjährigen Geburtsstage Heinrich Dieß. — Brotkardenswindel ein gross. — Zur Notlage der Arbeiter. — Eröffnung des Deutschen Kulturmuseums. — Der Mangel an geistiger Nahrung. — Von der Festschriftausstellung. — Lohnbewegung der Bankbeamten.

Bericht der Hauptverwaltung vom Monat August 1918.

Zum Frieden und zur Demokratie

I. Der weltgeschichtliche 5. Oktober.

Aus schwerem, dunklem Gewölke hat zu Ende voriger Woche ein greller Blitz die ganze Welt durchzuckt. Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot der neuen deutschen Regierung wie deren Einführung durch die hochbedeutsame, von einfühlendstem Verständnis in die Situation zeugende, die Grundgedanke des wirklichen Volkes sicher treffende Rede des prinzipialen Reichskanzlers, der die ausgesprochenen Gedanken auch mit dem Herzen bejahen, haben das ganze Erdenrund aufhorchen lassen. Es ist endlich eine Tat geschehen! Allenfalls hat das Empfinden sich aufgezogen, daß es mit dem Programm der Programmmöglichkeit bei uns nicht ein Ende hat, und daß, vom Wichtigsten das Wichtigste, der Friedenswille Deutschlands nunmehr offen und ehrlich ist. Traurig genug, wie gründlich die nationalpolitischen Preisboxer und die unheilvoll verfehlene Machtpolitik im Vereine mit der bisherigen Regierung der Passivität, Ergebenheit und Zweideutigkeit erst den Reichskarren verfahren konnten, bis sich aus dem Volke der donnerstimmige Ruf „Bis hierher und nicht weiter!“ Geltung verschaffen konnte.

In dieser Schicksalsstunde für Deutschland hat die Umkehr begonnen. Sie durchzuführen, wird nicht leicht sein, auch wenn man den Hochzielen der jetzigen Mehrheitsregierung besten Erfolg wünscht und ein jeder alles tun sollte, ihr, dem Land und dem Volke dazu zu verhelfen. Die Feinde ringsum werden nicht mit einem Male die Arme ausbreiten, und die Gegner der Augenblicksnotwendigkeit eines Verständigungs- und Rechtsfriedens ermangeln auch noch sehr der besseren Erkenntnis.

II. Die Bedeutung für die Gewerkschaften.

Es bedarf keiner Erörterung, daß das jegliche weltgeschichtliche Geschehen auch die Gewerkschaften und die Gewerkschaftler bis ins Innerste berührt, denn Friede, Freiheit und Volksgeltung sind ureigene Dinge auch des schaffenden Mannes, der die Auswirkung seiner Organisationen durch das alte Regime des Militär- und Polizeistaats mit der erschweren Zugabe des Belagerungszustandes stark beeinträchtigt sah. Abgesehen noch von der bitteren Ernährungsnot, die von den nun zur Abwicklung bestimmter Faktoren auch unnötig vergrößert und zu einer direkten Gefahr für die Familien der Arbeiter, Angestellten und Beamten geworden ist. Wir haben in der vorigen Nummer darüber ausführlich gesprochen. Bei Abschluß dieser liegt die (allerdings noch nicht befähigte) Meldung vor, daß Waldow ausgebootet sein soll. Hoffentlich nicht nur er!

Der „Korr.“ hat in voller Würdigung, daß dem Anheile des Weltkrieges so schnell als möglich der Vermittlungs des Friedens folgen müsse, sich zweimal eingehend und öfters kurz mit dem Zentral-

problem der Kriegsjahre beschäftigt. Sehr deutlich zuleist in Nr. 113, wobei der Regierung Herffling selbst der Rest von Vertrauen, das die Gewerkschaftsvertreter bei ihrer Aussprache mit dem gewesenen Reichskanzler (12. September), noch besonen zu müssen glauben, verlagst blieb. Als der Weltkrieg ein Vierteljahr lang geistert hatte — damals noch nicht in voller Ausladung —, haben wir in mehreren Nummern Betrachtungen angestellt über Deutschland und seine Feinde. Manches hat seitdem bei uns zu schärferer Beurteilung gezwungen, wenn auch dabei der deutsche Imperialismus nicht schlechter wegzukommen brauchte als bei den Gegnern, die nicht minder schwer darin verfrachtet sind. Ende v. J. ist dann in einer Artikelserie die Entwicklung des Krieges, das Schicksal der Friedensanläufe und als ebenbürtig wichtig wie die Umwälzung jetzt in Deutschland die russische Revolution geschildert worden. Es war das zu dem Zeitpunkt, als die Verhandlungen von Brest-Litowsk noch verheißungsvoll waren; das Hoffmannsche Säbelgerassel mit dem Kühnmann-Gerninschen Umsturz im Gefolge kam erst nach Abschluß dieser Artikel. Auch sonst vollzog sich so manches anders, als man es mit seinem friedensverlangenden Herzen erwartet hatte.

Auch die übrigen Gewerkschaftsblätter drängen jetzt die Schicksalsfragen für Deutschland in den Vordergrund, soweit sie nicht in ansehbarer Konsequenz oder aus anderen Gründen sich von solcher Diskussion durchaus fernhalten, was aber nur auf den kleineren Teil zutrifft.

Das Zentralorgan „Korrespondenzblatt“ hat in seinen jüngsten Nummern wie immer selbständige Stellung genommen. Daß es konform geht mit der Leitung und Fraktion der sozialdemokratischen Partei, deren man am meisten bedarf bei dem großen Umwälzungs- und Umwandlungsprozeß, ist durchaus zu verstehen. (Unstre zärlischen Verwandten vom Gutenberghund und „Typograph“, die im Kaufschiff ihrer Jubiläumstage jüngst die Verheerung der Sozialdemokratie in Verkoppelung mit unserm Verbände wieder mit einem Hochdruck betrieben, daß ihnen durch die eingefretene Regierungsfähigkeit der so arg verschrienen Rufen zu Mute sein muß, als wäre von oben ein Dachstein auf ihre Köpfe gefallen, werden es jedoch nicht zu fassen vermögen. Das ist wie bei den übrigen am Rostholzer leidenden Herrschaften der Humor von der Geschichte.) Aber es wird sonst noch viel Beachtliches gesagt; so nach dem Kaisererlaß und dem vollzogenen Regierungswechsel über den notwendigen baldigen Friedensschluß:

„Uns treibt nicht Eroberungslust!“ war die offizielle Lösung von August 1914, und dieses Programm muß jetzt so erneuert werden, daß auch eine lügenhafte feindselige Propaganda nicht mehr daran denken kann. Die feindseligen Staatsmänner werden dadurch um einen Vorwand ärmer, sie werden von jetzt an ihren Büßern nicht sagen können, die Weiterführung des Krieges sei nötig wegen der deutschen Autokratie, die eine Bedrohung der westlichen Demokratie bedeute. In wenigen Tagen regiert bei uns keine Autokratie mehr, sondern die Vertrauensmänner des Reichstages des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

In bezug auf das Erfordernis einer totalen Umstellung der inneren Politik heißt es ebenso richtig: Die Aufräumungsarbeit in den Amtsstuben erhofft da nicht geringere Energie als der Kampf für die Durchsetzung neuer Ideen und Regierungsmaximen. Die zu erwartende passive Resistenz eines Teiles der jüngsten Beamtenschaft in Preußen und im Reich wird das Durchgreifen mit harter Hand erfordern; haben wir es doch während Bismarcks Herrschaft zur Aufgabe ge-

lebt, daß die Vandräte und die Volkseigenen draußen im Lande sich überhaupt nicht um die Anweisungen der Regierung kümmern, sondern getrost im alten Fahrwasser der Sozialistenverfolgungen weiter plätschern. Selbst Bismarcks Rücktritt wurde es noch schlimmer, und erst in den letzten Tagen gelang es, wenigstens das gewerkschaftliche Verarmungsrecht in zwei Bezirken sicherzustellen, wo die Willkür und die Provokation der Arbeiterklasse durch die Obrigkeit besonders kräftig zutage getreten war. Das zeigt, daß nur eine kraftvolle Regierung durchgreifen vermögen wird, und nur durch ein kräftiges Durchgreifen wird sie das Vertrauen der Volksmassen erwerben. Wir brauchen eine Volksregierung, die durch ihr Wirken Volkstümmlichkeit zu erwerben versteht. Eine solche Regierung muß Kraft haben, sich gegenüber dem reaktionären Küniglein durchzusetzen.

Selbstverständlich wird vom gleichen Wahlrecht und andern Notwendigkeiten in namentlicher Befonung gesprochen. *

III. Der Arbeitgeberschaft Meinungsverteilung.

Das Zentralorgan der Unternehmerverbände dagegen, die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, hat trotz des Ernstes der Stunde auch in ihrer Nummer vom 6. Oktober reichlich für unfreiwillige Komik gesorgt, nachdem sie in der vorhergehenden (29. September) dem Grafen Herffling entgegengetreten war wegen der von ihm hervorgehobenen tiefgehenden Bestimmung im Volke. Was da an Verhöhnung gescheit wurde, war wieder starker Tabak, und gegen die Möglichkeit der Berufung von sozialdemokratischen Ministern hat man alle Grade der Staatsgefährlichkeit an die Wand gemalt unter obliquater Berührung der Sozialdemokratie. „Rechten Endes ist damit eine Revolutionierung unserer gesamten politischen Zustände angekündigt“, lautet ein Satz, dem wenigstens noch eine sachliche Abwägung anhaftet. Späsig klingt der andre:

Man durchzweifere nur die Bedingungen, welche die Sozialdemokratie an ihren Eintritt in die Regierung geknüpft hat, und man wird uns schwer ermessen können, daß es mit der Wohlfahrt der deutschen Arbeiterschaft zu Ende ist, wenn Deutschland durch die Annahme dieser Bedingungen zu einem Staatswesen zweiter und dritter Ordnung herabgedrückt wird.

Immer noch verblendet gegen die Macht der Tatsachen, schreibt die „D. A.-Ztg.“ im weiteren:

In welcher Form auch unsere parlamentarischen Vertretungen aus der gegenwärtigen Krise hervorgehen, es wird zum mindesten die erste und wichtigste Aufgabe der Arbeitgeber und ihrer führenden Körperschaften bilden, dafür zu sorgen, daß der Einfluß dieses Standes, der sich noch immer als mächtigste wirtschaftliche Produktivkraft erwiesen hat, nicht durch fremdartige, sozialistische, internationale Mächte an die Wand gedrückt wird. Caveant consules! Mögen sich die verantwortlichen Leiter der Nation keiner Verblendung hingeben: die nächsten Wochen werden darüber entscheiden, ob der Weg Deutschlands nach wie vor aufwärts geht, oder ob wir, verführt durch demokratische und gleichmacherische Utopien, in den Abgrund politischer Ohnmacht und wirtschaftlicher Zerrüttung hineinstürzen sollen!

Daß Großindustrie und Agrarierum Deutschland bereits in den Abgrund gezogen haben durch die unselige Annegionspolitik und ihr brutales Kraftmeiereium, wird den Herren schon noch beigebracht werden; namentlich dem Chefredakteur, der in seiner allwissendlichen Selbstbezogenheit „Was lehrt die Zeit?“ lediglich behauptet, daß er nicht einmal jetzt, wo die Zeit geradezu mit Feuerlöschen Lehren austeilte, etwas zu lernen vermag. „Nichts ist abstrakter als die Vorstellung, daß der deutsche Reichstag in Wahrheit das deutsche Volk verkörpert“, ist einer feine Lobrabe, der unanfechtbar sein würde, wenn er sich auf die praktischen oder gewisse andere Parolen be-

sieben würde. Das Auh und Bestimmungsgenossen förmlich Deutschlands Untergang kommen sehen durch den Umschwung der Verhältnisse, zeigt sich an dem folgenden Entschiedenem Schreckensbilde:

Eine Herrschaft der Mehrheit bietet die mindeste Bürgschaft für eine Herrschaft der Vernunft und des Rechts, und diese Lasten muß uns eine Warnung sein, wenn gerade in diesen Tagen so nachdrücklich auf das Vordringen der Mehrheit hingearbeitet wird!

Die Massen Herrschaft, die über Deutschland hereinzubrechen droht, ist vielleicht eine ernstere Gefahr als jede andre, die wir von äußeren oder inneren Feinden zu erwarten haben. Und diese Massen Herrschaft ist zugleich eine Herrschaft der Gleichgültigkeit! Die Demokratie will den vollkommenen Widerstand verwickeln, indem sie alle Bürger, ungleich wie sie sind, gleichmachen sucht. Gegen die Reichen richtet sich darum ihr erster Vorstoß; aber auch im allgemeinen sollen alle Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, alle Unterschiede in der Befähigung und Willensanlage der Individuen verwischt oder überdeckt werden.

Man sollte eine derartige Rückfälligkeit nicht für möglich halten! Ist das die Intelligenz des Unternehmers, was da wie aus fünfzigjähriger Zurückgebliebenheit spricht?

IV. Des Reichskanzlers Stellung zur Arbeiterfrage.

Wie so ganz anders hat der sich „als Diener unsres Volkes“ einführende kaiserliche Thronfolger am 5. Oktober im Reichstage gesprochen und die Übernahme des schweren Amtes mit der Voraussetzung begründet, daß „das Volk an der Bestimmung seiner Geschichte im weitesten Umfange tätig Anteil nimmt“, sowie in Hinblick auf den Umstand:

daß in der neuen Regierung auch maßgebende Vertrauensmänner der Arbeiterfrage zu den höchsten Ämtern im Reiche gelangt sind. Ich sehe darin die sichere Bürgschaft dafür, daß die neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Massen des Volkes getragen ist, ohne dessen überzeugungstreue Gefolgschaft ihr ganzes Handeln von vornherein zum Mißlingen verurteilt wäre.

Also gerade die Heranziehung von Sozialdemokraten sichert dem neuen Kurfürsten! Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ mag sehen, wie sie sich damit abfindet.

Prinz Max von Baden, der Reichskanzler, wird aber wissen, daß ein Teil der Massen nach dem Willen letzter auf einem toten Gleise festgefahrener Führer noch Abstinenz mimt. Indes, je mehr das neue Regierungsprogramm der Erfüllung zugeführt wird, und je schneller es auf dem Friedenswege vorwärtsgeht, um so eher werden hier die Offiziere ohne Soldaten bleiben. Denn das leuchtet auch dem auf bloße Negationspolitik abgerichteten Arbeiter ein, daß ihr Absteigen diesen Bruch mit dem festhergehenden System nicht herbeigeführt hat. Die neue Ära wird für politische Abspaltungen den Boden nicht düngen, wenn sich bei ihr Wort und Tat möglichst vereinen, und die Gegner der Arbeiterklasse werden mit ihren falschen Rechnungen, von welcher Art gerade die „D. M.-Ztg.“ genug auf Lager hat, sodann einpacken können.

Warum?? Kapitalismus—Kommerzialisismus—Imperialismus

Alle „-ismusse“ der neuzeitlichen Begriffsbildung umschließen weber so viel materiellen und geistigen Kampf mit den Naturgewalten, noch so viel widerprüchvolle, trennende und knechtende Beziehungen zwischen Mensch und Mensch, Volk und Volk, Weltteilen und Weltteilen als die Ursachen und Wirkungen der Ideenkomplexe, die wir Menschen des Weltkriegs unter Kapitalismus, Kommerzialisismus und Imperialismus zu verstehen haben. In diesem Drelgestirn erkennen wir bei kritischer Betrachtung seiner Früchte jene Ursachen, die uns die ernste Frage nach dem großen Warum des unheilvollen Geschehens der letzten Jahre beantworten.

Der Kapitalismus sagt uns durch die Art und Weise seiner Entstehung, seines Werdens und seiner Auswirkung auf unser gesellschaftliches Sein, in welcher Weise Saat und Ernte der menschlichen Arbeitskräfte die Massen und Schichten der menschlichen Gesellschaft bildeten und zum heutigen Gegenstände brachten. Der Kommerzialisismus lehrt uns die spezialisierte Verflechtung der Früchte menschlicher Arbeit kennen. Er gibt uns Aufschluß, wie durch das Mittel der Konkurrenz, der egoistischen Ausbeutung der Bedürfnissteigerung und der Bedarfsdeckung, der Wert aller Arbeitsprodukte willkürlich gesteigert oder gesenkt und dadurch die menschliche Arbeitskraft immer teurer in das Loch des Kapitalismus gespannt werden konnte. Und der Imperialismus zeigt uns, welche Kräfte und Mächte

am Werke waren und sind, um Kapitalismus und Kommerzialisismus auf höherer Stufenleiter zu noch stärkeren Gewalten zu verbinden, die nicht nur die einzelnen wirtschaftlichen Werksstätten zu beherrschen und auszubeherrschen suchen, sondern auch die sozialen Bindungen in allen Ländern und Zonen der Erde. Kaltrechnende Gewinnlust, egoistische Profitlust und rücksichtslose Herrschsucht sind kapitalistische, kommerzialistische und imperialistische „Kardinaltugenden“ geworden, die unser Zeit und ihrer Art das Gepräge gaben und sich auf den Schlachtfeldern Europas schon über vier Jahre lang austoben.

Was Kapitalismus im einzelnen ist und bedeutet, wurde im Laufe der letzten Jahre wie auch noch in den letzten Monaten im „Korr.“ zur Genüge erläutert. Besonders geschah dies in der Untersuchung über die neuzeitlichen Beziehungen zwischen Kapitalismus und Wissenschaft (Nr. 20), ferner in dem Aufsatze zum hundertjährigen Geburtstag von Karl Marx (Nr. 52) und zuletzt noch in der Betrachtung über die Ursachen der Geldentwertung („Mammonlieber“ Nr. 104). Wir können uns daher über diesen Punkt an dieser Stelle darauf beschränken, das charakteristischste Wesen des Kapitalismus durch eine kurze zusammenfassende Formel zu kennzeichnen. Danach dürfen wir den Kapitalismus als die Sucht oder das Bestreben aufzufassen, aus der Verwertung menschlicher Arbeitskraft höhere Werte oder wertvollere Leistungen zu erzielen, als dafür von ihrem Veranlasser durch Gegenleistung gebührt werden. Diese kapitalistische minderwertige Gegenleistung besteht von Natur aus in der Hingabe von Verleimen als Kaufpreis für menschliche Arbeitsleistungen, die nur dadurch als Kaufpreis fungieren können, weil sie aus Wertüberschüssen früherer Arbeitsleistungen gebildet wurden oder entstanen sind. Die Möglichkeit dieser Überschubbildung ergab und ergibt sich auch heute noch sowohl aus Gewalt- oder Macht- wie auch aus Rechtsverhältnissen. Aus Gewalt- oder Machtverhältnissen dort, wo es kein Recht gibt, und aus Rechtsverhältnissen, wo Gewalt- oder Machtverhältnisse die Rechtsgrundlagen erst schaffen und stiften. Ob also Recht oder Macht die Schutzpatrone dieser kapitalistischen Überschubbildung sind, moralisch ist und bleibt sie nur sehr bedingt einwandfrei. Sie basiert auf einer Zwangslage oder Not, die vom Käufer der „Ware“ menschliche Arbeitskraft im eignen egoistischen Sonderinteresse ausgenutzt wird und vom Träger menschlicher Arbeitskraft erduldet werden muß, nur weil er der wirtschaftlich Schwächere ist.

Es fehlt zwar nicht an Erscheinungen in der bisherigen Wirtschaftsordnung, wonach in dem Maße, wie die Verwertung der menschlichen Arbeitskraft im Interesse ihrer Träger selbst steigt, sie ihre Schaffenskräfte verliert und zum Hebel kulturellen Fortschritts werden kann. Leider wurden diese Erscheinungen aber zurückgehalten oder wieder überwältigt durch die Entstehung und Ausbreitung des sogenannten Kommerzialisismus, d. h. durch Ausbreitung und Verfestigung des profitlichen Handelsgeistes. Besonders durch diesen wurde die dem gewöhnlichen Menschenverstande von Natur aus eigne Lebensauffassung, daß wir nur arbelten, um besser leben zu können, in sein direktes Gegenteil verwandelt, und zwar dahingehend, daß wir nur leben, um viel arbeiten zu müssen. Durch ihn wurde der Wert der menschlichen Arbeit Stufe um Stufe herabgedrückt, durch erhöhte Auspressung von Mehrwert, durch Ausbildung und künstliche Steigerung einer Disparität zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Waren- wie auf dem Arbeitsmarkte. Der Kapitalismus in seiner allgemeinen Form steigerte durch Ausnützung von Wissenschaft und Technik die Produktionsmöglichkeiten in ungeahnter Weise, steigerte die Erzielbarkeit aller Quellen menschlicher Arbeitskräfte objektiv und subjektiv um so höher, je stärker der Wettbewerb oder die Konkurrenz sich gestaltete. In seinem Schaffen wurde der Kommerzialisismus geboren, großgezogen, um schließlich selbst seinen Erzeuger zu beherrschen. Dem Kommerzialisismus ist es zuzuschreiben, daß sich der örtliche Markthandel zum nationalen Handel und schließlich zum Weltmarkt entfaltete. Damit war aber auch eine Zunahme wirtschaftlicher Reibungsflächen zwischen Mensch und Mensch, Volk und Volk, Weltteil und Weltteil verbunden, die alle Gefahren der Sucht nach Macht und Herrschaft nach sich zog, an deren bitteren Früchten wir den Imperialismus in all seinen chamäleonartigen Schaffungen erkennen müssen.

Der Kapitalismus macht in seiner ursprünglichen und privat-egoistischen Form den Träger der menschlichen Arbeitskraft zum wirtschaftlichen Sklaven im engeren Sinne. Der Kommerzialisismus erweiterte diese Sklavenschaft zu nationaler Anechtlichkeit. Und der Imperialismus stellt eine materialistische Verdrängerung von Kapitalismus und Kommerzialisismus zur Ausdehnung dieser Anechtlichkeit auf internationaler Basis dar. Das unaufhaltsame Wachstum des Kapitalismus drängte zunächst zu einer Wöhung der existierenden Schwierigkeiten durch eine Monopolisierung des Weltmarktes mit Hilfe des Kommerzialisismus. Dieser Weg führte zur Eroberung von Agrarländern durch eine gewalttätige Politik territorialer Ausdehnung durch den Imperialismus. War aber einmal dieser Weg beschritten, so gab es kein Zurück mehr. Kapital und Ar-

beit wuchsen über die Grenzen der einzelnen Länder hinaus. Es wuchs die Zahl der konkurrierenden Industrieländer und jene der Agrarländer verringerte sich. Für jede weitere Ausdehnung der monopolistischen Gebiete blieb daher nur noch ein Weg, und zwar nicht mehr der Kampf zwischen Industrie- und Agrarstaat, sondern nur noch der blutige Kampf zwischen den großen Industriestaaten untereinander — und das war der Weltkrieg! Das was das unvorstellbare, wenn auch mehr oder weniger ungewollte Ziel der Weltpolitik vor dem Kräfte. Die Lauen einzelner Machthaber waren dabei nur vereinzelte Begleiterscheinungen, aber nicht ausschlaggebend. Denn selbst hervorragende Wirtschaftspolitikler, die sich bewußt waren, daß ein Weltkrieg unabsehbares Elend über die Menschheit bringen würde, drängten zum Westrüfen und zur Eroberungspolitik. Sie taten es und mußten es tun, weil sie auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung standen als unfreiwillige oder freiwillige Stützen des Imperialismus.

Dem Standpunkt einer Produktionsweise oder Wirtschaftsordnung, die auf der Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Agrarstaaten aufgebaut ist, war der Weltkrieg unvermeidlich. Denn die zunehmende Vorherrschaft der Industriestaaten über die Agrarstaaten mußte die Industriestaaten in immer schärferen Gegensatz zueinander bringen, weil sich ihre Weidegründe oder Absatzgebiete erschöpften oder mehr und mehr verringerten. Alle diese Gegenläufe, die im Rahmen unserer „bewährten Wirtschaftsordnung“ zum Weltkrieg getrieben haben, hören nur in einer ethisch fundierten sozialistischen Gesellschaft auf. In ihr fällt die Notwendigkeit einer festen Steigerung der industriellen Ausfuhr und agrarischen Einfuhr, die allein dem kapitalistischen System eigen ist, vollständig weg. Nur die Notwendigkeit einer festen Anhäufung und Ausdehnung des Kapitals waren die Quellen unserer Kulturkatastrophe. Die maßgebende Triebkraft der privatkapitalistischen Produktion ist das Streben nach Kapitalprofit; diese Sucht ist grenzenlos. Ebenso das kapitalistische Streben nach Erweiterung der Produktion und Erweiterung des Marktes. In einer sozialistischen Gesellschaft dagegen bildet nicht der Profit, sondern das Bedürfnis der Gesellschaftsmitglieder die alleinige Triebkraft der Produktion. Auch Art und Umfang der Gütererzeugung wird in ihr nur durch das Bedürfnis bestimmt. Ihr innerer „Markt“ wird für die Produktion allein ausschlaggebend. In einer sozialistischen Gesellschaft besteht kein Bedürfnis, Industrierwaren in Übermaß zu erzeugen, um sie den Agrarländern aufzubringen oder sie in andere Länder zu verschleudern. In ihr hören die Gegenläufe zwischen Ausfuhrindustrien hier und aufkeimenden Industrien dort auf, nicht minder jene zwischen inländischer und ausländischer Landwirtschaft, die so gefahrvolle schroffe nationale Gegensätze erzeugten. Erst dadurch wird die Notwendigkeit großer Weltkriege teflos beseitigt, erhöhter Wohlstand und gesteigerte Produktionskraft eines Volkes in ungehemmter Wechselwirkung der Gesamtheit der Völker, ja der ganzen Menschheit zugute kommen! C. Schäffer.

Korrespondenzen

Berlin. (Schriftstehler.) Am 5. Oktober fand Verhandlung mit den Prinzipalen über neue Feuerungsulagen statt. In der gleich darauf abgehaltenen Verammlung wurden die vereinbarten Erhöhungen angenommen. Es erhalten alle im Lohn oder Berechnen stehenden Schriftstehler und Messinglinienarbeiter vom 7. Oktober ab 30 Mk. wöchentliche Feuerungsulage, außerdem die im Lohn zu unter 53 Mk. stehenden Gehilfen um 53 Mk. Wochenlohn, so daß sie mit der Feuerungsulage 83 Mk. haben. Ausgenommen von der Feuerungsulage sind die Weimertischen Messinglinienarbeiter, weil deren Verdienst den der anderen Messinglinienarbeiter und der Schriftstehler überhaupt weit übersteigt. Den Arbeiterinnen wurde die beantragte weitere Zulage von 5 Mk. pro Woche voll bewilligt. Mit der Annahme dieser Feuerungsulagen tritt Ruhe bis zum 31. März 1919 ein. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die Verhältnisse sich so gestalten mögen, daß von künftigen Feuerungsulagenbewegungen abgesehen werden kann. Die Leipzig'er Verlichtung wurde zur Kenntnis genommen mit der Wirkung, daß nicht der Leipziger Gewerkschafter, sondern der Schriftstehlerverband als das Kartell angesehen wird.

Elberfeld. Sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum konnte der Senator der Elberfelder Verbandsmitglieder, Obermaschinenmeister Fritz Kubn, begehen. Sollege Kubn konditionierte u. a. in München, Augsburg, Weis, Karlsruhe, Basel, Winterthur, St. Gallen, Aachen, Magdeburg, Erfurt, Zürich, Hamburg. Besonders die Münchner Kollegen dürften sich des Kollegen S. erinnern aus den Jahren 1891/92. Wir wünschen dem Jubilar, der sich seltener körperlicher und geistiger Früchte erfreut, noch einen langen, sorgenlosen Lebensabend.

Greifswald. Hierorts fand am 29. September eine Verammlung des Bezugs Straßmann statt, die gut besucht war. Wenn einige Drie nicht verreisen waren, so war es den betreffenden Mitgliedern nicht möglich, an einem Tage die Hin- und Rückfahrt zum Tagungsorte zu bewältigen. Nach Beginn gedachte der Vorsitzende der im

Selbe gefallen und weiter der zu Hause verstorbenen Mitglieder; außerdem wurde das Andenken unseres von uns geliebten Verbandsvorsitzenden Böblin geehrt. Unter „Geschäftlichem“ berichteten die anwesenden Vertrauensmänner, daß die Steuerungsulagen zum August gezahlt worden sind, was auch die Firma Struck in Straßburg getan hat, welche weiter tarifmäßig bezahlen will. Aus Greifswald wird berichtet, daß die Buchdrucker am Ort als Schwerarbeiter anerkannt sind. Die Bezirkskasse hatte am 1. Juli d. J. einen Bestand von 275,81 Mk., von welchem Betrage jeder Verbandsmitglied 3 Mk. erhielt und die auswärtigen Teilnehmer noch das Reisegeld 4. Klasse. Unter anwesender Gauvorsitzer hielt dann einen Vortrag über „Gewerkschaftsarbeit im vierten Kriegsjahr“ und erteilte den Dank der Versammlung. Der alte Vorstand wurde in seinem Amte belassen und als nächster Tagungsort Anklam bestimmt. Sodann noch interne Angelegenheiten.

Ludwigshafen a. Rh. (Ortsverein.) Im abgelassenen Vierteljahr fand nur eine Versammlung im Monat August statt. In derselben wurden zunächst fünf Antragsgesuche vollzogen. Mit großer Aufmerksamkeit nahm man sodann den Bericht des Vorsitzenden über die Beratungen des Tarifauschusses entgegen sowie denjenigen über die Bezirksvorsitzerkonferenz vom 14. Juli. In der Diskussion sollte die Verarmung der Verbandsleitung und den Gehilfenvertretern volle Anerkennung für das Erreichte, konstatiert jedoch, daß unsre Prinzipale der schwierigen Lage der Gehilfen nicht genügend Rechnung getragen hätten, da die gewährte Steuerungsulage nicht entfernt an die allgemeine Steuerungsulage heranreicht. Entschieden wurde protestiert gegen die Stellungnahme des Prinzipalvertreters des IV. Kreises bzw. gegen seine Mitunterzeichnung des Antrages auf Minderung der Steuerungsulage für süddeutsche Städte. Gleichfalls wurde gegen die Erklärung protestiert, in welche die Aussprache unsrer Prinzipale auf der Kreisversammlung in Karlsruhe („Zeitschrift“ Nr. 29 vom 19. Juli) auslief. Erstreutliche Weise konnte festgestellt werden, daß die Zulage in allen Druckereien glatt zur Einführung gelangte. Hierauf wurde der Kassenbericht zum zweiten Quartal vorgelesen und von den Revisoren ordnungsgemäßer Befund der Kasse konstatiert. Aus dem Bericht über die Forderungserhebungen war zu entnehmen, daß in diesem Jahre sechs Firmen einen Erholungsurlaub gewährten. Damit ist seit Kriegsausbruch wieder eine Besserung zu verzeichnen, indem bisher entzogene Ferien wieder eingeführt wurden. Leider befragt, mit Ausnahme einer Druckerei, die Kassenzeit durchschnittlich fünf Jahre. Der Urlaub betrug in den meisten Fällen sechs Tage, in zwei Druckereien teilweise neun und zwölf Tage. Ein Vortrag über die fällige Arbeitslosenversicherung mußte der frühen Vollzeitsunde wegen für die nächste Versammlung zurückgestellt werden. — (Bezirksverein.) Die im August fällige Bezirksversammlung mußte aus verschiedenen Gründen verschoben werden. Die Steuerungsulagen wurden auch im Bezirk überall ohne Anstand bezahlt. Leider war im letzten Quartal der Krankenstand ein ziemlich hoher.

□ □ □ Rundschau □ □ □

Von Buchdruckern im Arzoge. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unrer Organisation erhielt Kollege Ewald Mele (Braunschweig) als hundertdreißigtes das Eisene Kreuz I. Klasse. Ferner erhielten die Auszeichnung II. Klasse: Christian Baumgärtner (Mugstreu), Otto Siegenbich (Braunschweig), Ernst Buchardt (Möllen), Paul Kuffbach, S. Meier und Kurt Smolny (Serruf), Paul Wiselmeier und Walter Greweling (Serruf), Walter Endrowel (Serruf), Anton Sägele (Senn), Emil Köchinger (Karlsruhe), Adolf Barth und Anton Ferges (Koblenz), Hans Wolff (Landsberg a. d. W.), Paul Burscher, Gustav Diehl, Albert Riedel und Johannes Schmidt (Leipzig), Erich Selonek und Hermann Weiskopf (Potsdam). 6365 Verbandskollegen haben somit das Eisene Kreuz erhalten.

Nachahmenswerte Beispiele. Anlässlich des 25jährigen Bestehens des „Bürger Kreisblattes“ (Firma S. Seuche & Söhne in Dissen, Leutoborg Wald), erhielt das Gesamtpersonal sowie die Frau des im Felde stehenden Kollegen ansehnliche Geldgeschenke. — Die Geschäftsblüherfabrik von Vater & Schneider in Keilborn a. N. gewährte auch in diesem Jahre wieder eine außerordentliche Kriegesbeihilfe an sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen ihres Betriebes. In Betracht kamen etwa 340 Beschäftigte, wovon ungefähr 40 in der Buchdruckereiabteilung tätig sind; auch die Familien der Ausmarschiereten wurden berücksichtigt. Beträge bis zu 500 Mk. kamen zur Auszahlung, auch Beihilfen wurden mit 20 bis 100 Mk. bewacht. Die Firma gewährt außerdem seit Kriegsbeginn an die Familien der im Felde stehenden Beschäftigten die Hälfte des Wochenlohns und für jedes Kind unter 14 Jahren eine monatliche Zulage von 5 Mk.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerarbeiter. Auf Antrag beim hiesigen Kommunalverband wurden Gehilfe und Lehrling der Buchdruckerei W. Albig in Regenwalde als Minderarbeitskräfte anerkannt. Zur Ausgab gelangt wöchentlich eine Zufahrt bzw. „medikarische“

Gehilfenprüfungen. Die nächsten Buchdruckerprüfungen in München finden am 12. und 13. Oktober d. J. statt. Meldeformulare sind von der Geschäftsstelle, München, Goethestraße 12 I, zu beziehen. Anmeldungen sind umgehend erwünscht.

„Zum Hundstehabjährligen Geburtstag Heinrich Diehl“ Vom Kollegen Adolf Wogenitz in Leipzig.

welcher bereits festgesetzt mitten im Leipziger Vereins- und Genossenschaftsleben stand, akuten Anfall daran hatte und daher genauer Kenner der in Betracht kommenden Verhältnisse ist, schreibt uns zu dieser in Nr. 115 des „Korr.“ abgedruckten Rundschau: In die Notiz hat sich insofern ein Irrtum eingeschlichen, als es daselbst heißt: „Kollege Diehl, der früher als Leiter, dann als Inhaber der Hamburger Genossenschaftsdruckerei Vorstand, nach seiner Ausweisung nach Harburg ging, um von dort aus mit Auer und Hillmann seine Druckerei aufrechtzuerhalten, übernahm anfangs der achtziger Jahre die 1869 gegründete, von Höbberg angekauft ehemalige Leipziger Vereinsdruckerei, in der von 1869 bis Mitte 1873 der „Korr.“ hergestellt wurde.“ Die 1869 von einer Anzahl Kollegen gegründete Leipziger Vereinsdruckerei hat allerdings bis nach dem 1873er Streik den „Korr.“ hergestellt, derselbe siedelte aber nach der erfolgten Gründung der Produktivgenossenschaft Deutscher Buchdrucker in viele über. Letztere übernahm bekanntlich nach erfolgter Liquidation der damalige Geschäftsführer Julius Meier und ist noch heute im Besitze von dessen Sohn. Die Leipziger Vereinsdruckerei aber liquidierte gleichfalls als Genossenschaft und wurde nicht von Höbberg, sondern von den damaligen Kollegen und Genossenschaftlern Beck & Schirmer angekauft. Die von Höbberg nach Verhängung des Belagerungszustandes angekauft und von Heinrich Diehl später teilweise übernommene Druckerei war die von einer Anzahl Parteigenossen gegründete „Leipziger Genossenschaftsdruckerei“, die unter Leitung von S. Ramm und Christian Böcklich stand und neben dem Zentralorgan der Partei, dem „Vorwärts“, auch eine Anzahl Gewerkschaftsblätter (Schuhmacher, Holzarbeiter, Steinhauer, Maler, Kuttmacher), aber niemals den „Korr.“ druckte. Im Gegenteil war man damals seitens der Buchdrucker ängstlich bemüht, sich nur irgendwie mit der Partei oder deren geschäftlichen Institutionen zu identifizieren. Das Sozialistengesetz mit seiner Unterdrückung der politischen und gewerkschaftlichen Presse und sonstiger den Bestrebungen der Arbeiterbewegung dienender Literatur übte auch auf die Leipziger Genossenschaftsdruckerei einen schädigenden Einfluss aus, nicht minder innere Streitigkeiten, die zum Abgang und der Selbständigmachung des Geschäftsführers Ramm führten. Den nachdenklichen Bahroff verhielt das Einspringen Höbbergs, der in selbstloser Weise Mittel zum Weiterbetrieb und namentlich zum Weitererkennen der „Neuen Welt“, dergleichen zur Herstellung der ersten Ausgabe von Bebel's „Frau und der Sozialismus“ zur Verfügung stellte und schließlich das Geschäft ganz übernahm. Die eingesehene Geschäftsführung Dietrich und noch viel weniger der ihm folgende Goldhausen verstanden es aber als Maßnahme, das Geschäft zu heben und zu halten, und so siedelte ein Teil desselben nach Stuttgart über, um unter der fachtechnischen und buchhändlerischen Leitung des Kollegen Diehl nach und nach auf die Höhe zu kommen, auf der es seit langem steht. Speziell zur Richtstellung des Irrtums in der angeführten Rundschau. Erwähnenswert wäre noch, daß unter Goldhausens Geschäftsführung der erste Konflikt in einem Parteibetriebe sich abspielte. Die Kollegen Peuckert und König wurden gemahnt, Wogenitz hörte mit auf. Da sich Bebel zugunsten der Buchdrucker ins Mittel legte, fand die Sache schnell einen befriedigenden Ausgang; es ging also anders wie bei dem erbitterten Volkszeitungsstreik 1900/01. Im übrigen könnte es nichts schaden, ja, dem sich immer mehr entwickelnden Genossenschaftswesen von Nutzen sein, wenn in dem zweiten Bande der Verbandsgeschichte auch dem Streben der Kollegen und der Organisation auf dem Gebiete des fachtechnischen Genossenschaftswesens gedacht würde, und sei es auch nur zur Lehre für den Zweck, wie es künftig eventuell nicht gemacht werden soll!

Brothartenschwindel en gros. In dem Landkreis Bochum wurde, wie aus Eisen gemeldet wird, ein seit Jahren betriebener Brothartenschwindel aufgedeckt. Als Beistellote kommen die Angestellten einer großen Druckerei sowie viele andre Personen in Betracht. Es handelt sich um eine Schädigung dieses Kreises um 36000 Zentner Mehl. Bisher wurden 60 Verhaftungen vorgenommen.

Zur Notlage der Beihilfen. Angehört der vielfach mangelhaften Ausbildung, welche die Beihilfen im allgemeinen während der Kriegszeit infolge Einziehung des größten Teiles der Gehilfen zum Seeresdienste genießen, ist es angebracht, alle diejenigen Kreise, die zum Schutze, zur Erziehung und zur Ausbildung der Beihilfen berufen sind, auf diese Zustände, welche für unter künftiges Wirtschaftsaltes äußerst bedenklich geworden sind, aufmerksam zu machen. Unter nicht nur die Ausbildung der Beihilfen an sich steht unter dem Einflusse des Krieges; durch die Einberufung zum Militär müssen sehr viele, wenn nicht die meisten Beihilfen ihre Beihilfe unterbrechen bzw. vorzeitig beenden. Das Wenige, was sie gelernt, geht zum Teil während der Militärszeit wieder verloren, und schließlich sind die jungen Leute gezwungen, nach Beendigung der Militärszeit noch einmal von vorn anzufangen; vielfach werden sie auch gedankt sein, zum Seere der Ungelernten überzugehen. Mit diesen geradezu unheilbaren Verhältnissen befaßt sich eine Gewerkschaftskartellversammlung in Leipzig. Nach einem sehr aktuellen Vortrage: „Die Notlage der Beihilfen, eine Frage der Übergangsordnung“, wurde eine Entschliessung gefasst, in welcher die Ausbildung vieler Beihilfen während des Krieges als ungenügend bezeichnet und ferner darauf hingewiesen wird, daß die Entlohnung häufig in gar keinem Verhältnisse steht zu den Leistungen des Beihilfings sowohl als zu dem, was der Lebensunterhalt erfordert. Die in verschiedenen Bezirken noch übliche Forderung von Beihilfgeld wird als unzulässig betrachtet, weil sie befähigte junge Leute hindert, sich einem ihnen zuzugewandten Berufe zuzuwenden.

Man einen tüchtigen gewerblichen Nachwuchs zu sichern, verlangt der Beihilfe eine Verkürzung der oft außerordentlich langen Arbeitszeit und eine sachgemäße Ausbildung des Beihilfings. Auch eine allgemeine Regelung der Frage der Beendigung des Lehrverhältnisses im Falle der Einberufung zum Seeresdienste wird gefordert. Dringend verlangt wird eine gezielte Regelung des Beihilfswesens unter Wahrung sozialer Grundzüge und unter Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse. „Schon jetzt aber“, heißt es in dem beachtenswerten Beschlusse, „ist eine schärfere behördliche Überwachung des Beihilfswesens und amtliche Einwirkung auf die Handwerksmeister in der Richtung nötig, daß eine volle berufliche Ausbildung gesichert, eine zielgemäße Entlohnung gewährleistet und mit unzumutbaren und veralteten Anschauungen ausgeräumt wird.“ Für jeden einzelnen unserer Kollegen, soweit er mit Beihilfen in Verbindung kommt, ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, seinen ganzen Einfluß auf eine einigermaßen annehmbare Ausbildung der Beihilfen geltend zu machen. Von einer Verkürzung der Arbeitszeit, so notwendig diese in Anbetracht der fraurigen Ernährungsvhältnisse erweise, dürfte vorerhand nicht die Rede sein können; um so mehr ist eine Erhöhung des Kostgeldes dringend erforderlich. Wir haben alle Verbessierungen in dieser Hinsicht verzeichnet und werden es auch weiter tun, sobald uns diesbezügliche Mitteilungen zugehen.

Eröffnung des Deutschen Kulturmuseums. Das Deutsche Kulturmuseum (Bücherei und Schrifttum) in Leipzig, Zeilber Straße 14, wird am Sonnabend, dem 12. Oktober d. J., der Öffentlichkeit übergeben. Dasselbe wird wochentags von 10 bis 4 Uhr, Sonntags von 11 bis 2 Uhr geöffnet sein, und zwar Sonntags und Mittwochs frei, Montags mit einem Eintrittsgeld von 1 Mk., Dienstags, Donnerstags, Freitags und Sonnabends mit einem Eintrittsgeld von 25 Pf.

Der Mangel an geistiger Nahrung. Viele Bücher sind vergriffen. In Neuauflagen kann wegen Papiermangels häufig nicht gedacht werden, oder aber die Bücher sind unerwünscht teuer. Der Reclam-Verlag erklärt vor kurzem, daß es ihm unmöglich sei, die berühmte Sammlung aufzufüllen. Fragt man sich, ob es so weit kommen mußte, daß selbst diese wertvollen Werke von der Papiernot in Mitleidenschaft gezogen werden, so muß man unbedingt zur Vermeidung der Frage kommen, wenn man in Betracht zieht, daß sich wöchentlich eine wahre Flut von Schundliteratur über die Setzungsstände und Buchhandlungen zweiter Ordnung ergießt, während die Tagespresse und die anständigen Verleger für einen Kampf ohne Ende um die Papierlieferung kämpfen. Das Gute wird den Lesern genommen, um ihm Minderwertiges in die Hand zu drücken! In dieser Hinsicht muß auf alle Fälle Remedur geschaffen, es muß ein Ausgleich geschaffen werden, insofern, als bei der Papierverteilung fernerhin ein höheres Prinzip walten und die Frage der Volksbildung mehr in den Vordergrund treten muß. Daß der Schleichhandel auch bereits auf das geistige Gebiet übergreift, dürfte als Nothum gelten. In der Zukunft eines Zeitraumes an die „Reinliche Zeitung“ in Köln wird über ein derartiges Vorkommnis berichtet. Danach war die „Ab. Ztg.“ wiederholt nachmittags um 3 Uhr ausverkauft. Abends zwischen 5 und 6 Uhr bemerkte der Mann jedoch, wie Leute, welche die „Wochenschau“ und andre Bilderzeitungen kauften, auch die „Ab. Ztg.“ ausgehändig wurde, die vorher vertriebenen Leute verweigert worden war. In letzteren gebiete auch der Verfasser der Zeitschrift, welcher sich wiederholt vergeblich bemüht hatte, die genannte Zeitung zu erlangen. Daß eine sozialdemokratische Zeitung geschleichhandelt wird, ist jedenfalls sehr bezeichnend, aber ebenso bedenklich in einer Zeit, in welcher an allseitigen Flugblättern fastlich kein Mangel ist. Auch bezüglich der „Magdeburgerischen Volksstimme“ wurde kürzlich der Vorwurf erhoben, daß sie nur an ständige und „gute Kunden“ abgegeben würde. Die genannte Zeitung verwarf sich jedoch entschieden gegen diesen Vorwurf. Die „Volksstimme“ werde von jedem Verkäufer abgegeben, ohne Ansehen der Person, solange noch Exemplare vorhanden sind. Leider könnten diese aber in Anbetracht des zugewiesenen geringen Papierkontingents nicht ausreichen, um der Nachfrage zu genügen.

Von der Vaterhoffausstellung. Die Deutsche Vaterhoffausstellung in Leipzig bleibt nicht nur, wie zuerst beabsichtigt, bis zum 21. Oktober d. J. geöffnet, sondern wird erst am 28., und wenn es die Witterungsverhältnisse gestatten, am 31. Oktober geschlossen. Gegenwärtig ist die Ausstellung täglich von 9 Uhr vormittags bis zum Eintritt der Dunkelheit geöffnet. Nach wie vor erfreut sich die Ausstellung eines äußerst starken Besuchs, so daß bis jetzt die Besucherzahl auf ungefähr eine Viertelmillion gestiegen ist. Vereine haben ermäßigte Eintrittspreise.

Vorbewegungen der Bankbewerber. Der Bankpersonalverband in Zürich, eine junge gewerkschaftliche schweizerische Organisation, hatte am 31. August Forderungen aufgestellt, nach welchen das Gehaltsminimum mit Wirkung ab 1. Oktober für banktechnisch ausgebildetes Personal und für das Hilfspersonal über 20 Jahre auf 225 Fr. festzusetzen ist. Ferner wurde auf die Grundgehälter eine allgemeine Erhöhung um 30 Proz. verlangt. Zulagen und Gratifikationen sollen hiervon unberührt bleiben. Während der Militärdienstzeit soll der volle Lohn weitergezahlt werden. Auch Ferien wurden gefordert, und zwar bis zu zehn Dienstreisen 14 Tage, für Anzeigekräfte mit elf und mehr Dienstreisen drei Wochen. Die Züricher Kantonalbank beschloß daraufhin, diese Forderungen im Prinzip anzunehmen; der Verband Züricherischer Kreditinstitute lehnte dagegen die Forderungen ab, weil eine gleichartige Erhebung nach seiner Meinung nicht möglich sei.

